

## Das Wahlrecht, der demografische Wandel und die wirtschaftliche Entwicklung

StB / Dr. Udo Hermann, Köln

30.9.2011

## Gliederung

- I. Einleitung
- II. Das Wahlrecht in ökonomischer Betrachtung
- III. Das Medianwahlalter im demografischen Wandel und bei unterschiedlichen Wahlrechten
- IV. Das aktualisierte Modell von Sinn / Übelmesser (2002)
- V. Fazit und Ausblick

2

### I. Einleitung

- Revolutionäre Bewegungen in Nordafrika: Kampf junger Menschen für mehr Demokratie, Freiheit und wirtschaftliche Entwicklung
- Gibt es nicht trotz Demokratie eine „tyranny of the majority“ (J.M. Buchanan, 1954) in Deutschland, die über die Renten-, Bildungs-, Umwelt und Verschuldungspolitik zu Lasten der Jungen entscheidet?
- Deutliche Hinweise dafür gibt es z.B. bei der Rentenpolitik:
  - Schutzklausel (2004)
  - modifizierte Schutzklausel (2007)
  - Rentengarantie (2009)

3

### I. Einleitung

- Beschränkt in einer Gesellschaft, die sich im demografischen Wandel befindet, nicht eine Mehrheit von Alten die Freiheit der Jungen und damit „die treibenden Kräfte einer Gesellschaft“ (August von Hayek, „Die Verfassung der Freiheit“, S. 153)?
- Welche Möglichkeiten bietet das Wahlrecht, dies zu verhindern?

4

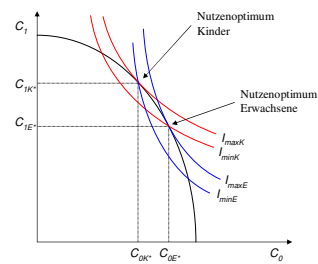
### II. Das Wahlrecht in ökonomischer Betrachtung

Warum sind Wahlen und damit ein Wahlrecht und Wahlregeln notwendig?

Erläuterung am Beispiel einer aus Kindern und Erwachsenen bestehenden Gesellschaft

5

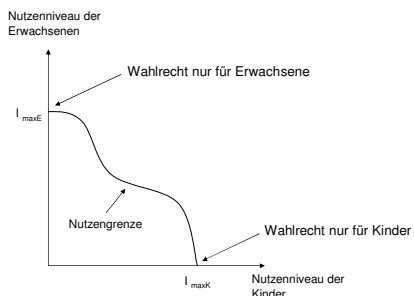
### II. Das Wahlrecht in ökonomischer Betrachtung



Entscheidung über Gegenwarts- und Zukunftskonsum an öffentlichen Gütern in einer aus Kindern und Erwachsenen bestehenden Gesellschaft

6

## II. Das Wahlrecht in ökonomischer Betrachtung



7

## II. Das Wahlrecht in ökonomischer Betrachtung

Ergebnis:

- Beide Wahlrechte führen jeweils zu effizienten Lösungen, aber welche von ihnen ist auch „sozial gerecht“? Diese Frage ist schwierig zu beantworten.
- Aber es gibt weitgehend einen Konsens über das Wahlrecht: Es soll das Prinzip „one man, one vote“ für jeweils (inländische) Erwachsene gelten.

Damit kann das von den Erwachsenen bestimmte Ergebnis insoweit als effizient und „sozial gerecht“ gelten.

8

## II. Das Wahlrecht in ökonomischer Betrachtung

Aber:

- Der weitgehende Konsens über „one man, one vote“ und damit über das „sozial gerechte“ Ergebnis ist derjenige der Erwachsenen, nicht der gesamten Bevölkerung.
- Je mehr die Erwachsenen den Gegenwartsverbrauch bevorzugen – also in einer alternden Bevölkerung – desto mehr werden die Kinder durch die „Tyrannie der Erwachsenen“ in ihrer Freiheit beschränkt und es kann zu Ausweichreaktionen (Auswanderung, Streiks usw.) kommen, die die wirtschaftliche Entwicklung hemmen können.

9

## II. Das Wahlrecht in ökonomischer Betrachtung

Kann die Wahl eines anderen Wahlrechts eine solche Entwicklung aufhalten?

Maßstab dafür ist im folgenden das Medianwahlalter: Je stärker es im Vergleich zum bestehenden Wahlrecht gesenkt werden kann, desto „besser“ ist das betrachtete Wahlrecht.

10

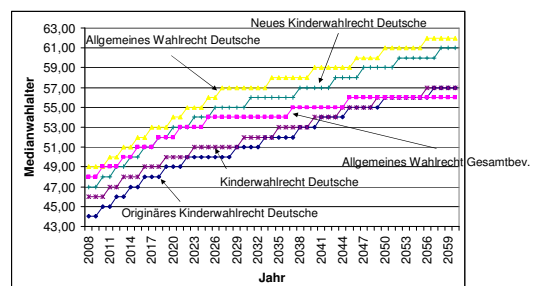
## III. Der demografische Wandel in Deutschland: Das Medianwahlalter bei unterschiedlichen Wahlrechten

Unterschiedliche Wahlrechte

- Das allgemeine und gleiche Wahlrecht nur für Deutsche
- Das allgemeine und gleiche Wahlrecht für die gesamte Bevölkerung
- Kinderwahlrecht für Deutsche: Eltern vertreten ihre minderjährigen Kinder
- Neues Kinderwahlrecht: Erstwähler besitzen 5 zusätzliche Stimmen für die Wahlen, an denen sie nicht teilnehmen konnten
- Originäres Kinderwahlrecht (Fiktion): Auch die Präferenzen der Minderjährigen werden berücksichtigt

11

## III. Der demografische Wandel in Deutschland: Das Medianwahlalter bei unterschiedlichen Wahlrechten



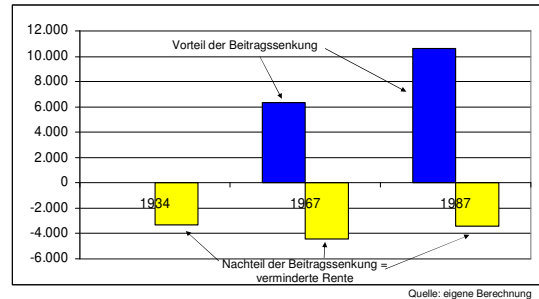
12

#### IV. Das aktualisierte Modell von Sinn / Übelmesser (2002)

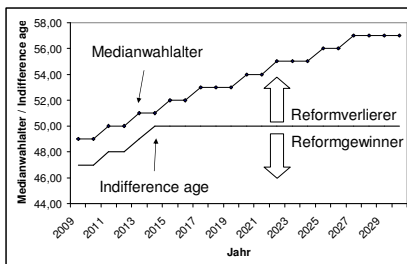
- „Pensions and the Path to Gerontocracy in Germany“ (2002, European Journal of Political Economy)
- Deutschland hat nur noch bis 2016 Zeit, sein Rentensystem zu reformieren. Danach gibt es keine demokratische Mehrheit mehr für diejenigen Alterskohorten, die von einer Reform profitieren würden
- „Reform“: Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung um einen Prozentpunkt
- Welches Wahlrecht erweitert den zeitlichen Handlungsspielraum? 13

#### IV. Das aktualisierte Modell von Sinn / Übelmesser (2002)

Beispiel: Beitragssenkung in 2010 um einen Prozentpunkt

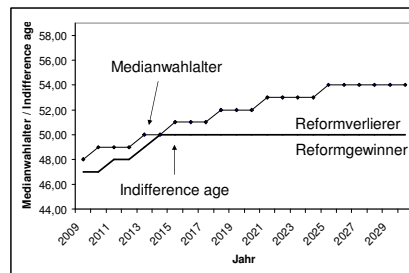


#### IV. Das aktualisierte Modell von Sinn / Übelmesser (2002)



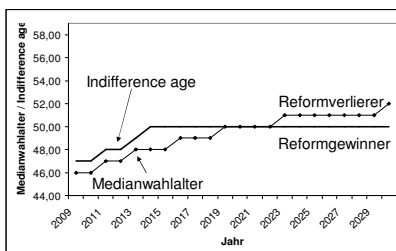
Allgemeines und gleiches Wahlrecht Deutsche 15

#### IV. Das aktualisierte Modell von Sinn / Übelmesser (2002)



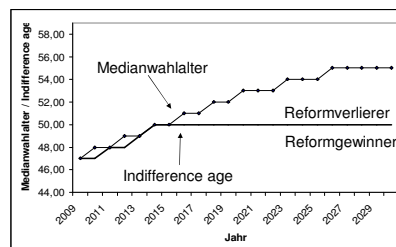
Allgemeines und gleiches Wahlrecht Gesamtbevölkerung 16

#### IV. Das aktualisierte Modell von Sinn / Übelmesser (2002)



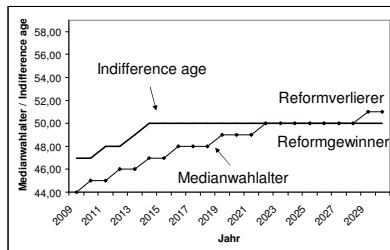
Kinderwahlrecht Deutsche 17

#### IV. Das aktualisierte Modell von Sinn / Übelmesser (2002)



Neues Kinderwahlrecht Deutsche 18

#### IV. Das aktualisierte Modell von Sinn / Übelmesser (2002)



Originäres Kinderwahlrecht Deutsche

19

#### IV. Das aktualisierte Modell von Sinn / Übelmesser (2002)

- Beim allgemeinen und gleichen Wahlrecht für Deutsche ist die „Gerontokratie“ bereits erreicht
- Ein allgemeines und gleiches Wahlrecht für die Gesamtbevölkerung würde nur in 2015 mehrheitsfähig sein
- Bei einem derivativen Kinderwahlrecht ist eine Reform noch bis 2023 mehrheitsfähig
- Bei einem neuen Kinderwahlrecht entsprechen sich Indifference age und Medianvahlalter von 2013 bis 2015

20

#### IV. Das aktualisierte Modell von Sinn/Übelmesser (2002)

Kritik:

- Methodik:
  - Definition Reform als Beitragssenkung
  - Berechnungen im Rentenmodell bis zum Jahre 2110!
  - Medianwählermodell
  - Kein Altruismus, kein dynastisches Wahlverhalten
- Empirie:
  - Börsch-Supan et al. (2004): Mangelnde Aufklärung der Bürger verhindert Reformen
  - Tepe/Vanhuyse (2009): Empirie für 18 Länder (1980 bis 2002): Weniger die Alterung einer Gesellschaft als die fiskalischen und wahltaktischen „straitjackets“ haben die Rentenpolitik bestimmt

21

#### V. Fazit und Ausblick

- Das Wahlrecht:
  - > Partizipationsgerechtigkeit / „innerer Frieden“ (Hayek)
  - > Distribution
  - > Allokation
- „one man, one vote“ für Erwachsene und der demografische Wandel:
  - > Beschränkung der Freiheit der Jungen durch höhere zukünftige Abgaben und weniger Ausgaben für Bildung, Forschung usw.
  - > Hemmung der wirtschaftlichen Entwicklung

22

#### V. Fazit und Ausblick

- Alternative Wahlrechte können:
  - > das Medianvahlalter senken
  - > das Reformfenster in der gesetzlichen Rentenversicherung weiter offen halten
- Am besten geeignet, da verfassungsrechtlich zulässig: Das Kinderwahlrecht als Vollendung des „one man, one vote“-Prinzips durch Vertretung der Kinder durch ihre Eltern, aber: Wie kann es politisch eingeführt werden?
- Die empirische Forschung zum Wahlrecht und seinen Auswirkungen auf Wachstum, Staatsausgaben usw. sollte intensiviert werden

23

**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!**

24